

Unverkäufliche Leseprobe



Helmut Altrichter
Russland 1989
Der Untergang des sowjetischen
Imperiums

448 Seiten, Gebunden
ISBN: 978-3-406-58266-0



ment
Beck

Der Generalsekretär der KPdSU
und der Mythos Lenin:
Michail Gorbatschow vor dem
Volksdeputiertenkongreß

EINLEITUNG

Originaldokument

© Verlag C. H. Beck

1989. Es war das Jahr, in dem die Kommunistische Partei der Sowjetunion, innerlich zerrissen, die Macht mehr und mehr aus den Händen verlor; das Jahr, in dem die Staatsautorität im Lande unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise immer mehr verfiel; in dem die Kriminalität wuchs, die zentrifugalen Kräfte, die nationalen Autonomiebewegungen im Baltikum und in Moldawien, bei den Kaukasusvölkern und in Zentralasien, das Riesenreich immer schwerer regierbar machten; in dem die kommunistischen Regime in Osteuropa, in Ungarn und Polen, der DDR und der Tschechoslowakei, in Bulgarien und Rumänien stürzten, der Warschauer Pakt und der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe bereits deutliche Auflösungserscheinungen zeigten; in dem sich Mauern öffneten, Grenzen durchlässig wurden, getragen von der Vision eines «neuen Europa», wo «Ost» und «West» nicht mehr «Blöcke», sondern nur noch Himmelsrichtungen waren. Unter dem Eindruck der Ereignisse dieses Jahres erklärten Michail S. Gorbatschow und George Bush sen. bei ihrem Treffen im Dezember 1989 vor Malta den «Kalten Krieg», das Zeitalter der Konfrontation, für beendet.

Was für ein Jahr! Seit Januar 1989 befand sich die Sowjetunion im Wahlkampf. Es ging dabei um die Bestellung eines «Kongresses der Volksdeputierten» mit 2250 Abgeordneten, der die «wichtigsten konstitutionellen, politischen und sozialökonomischen Fragen» des Landes entscheiden, einen Staatspräsidenten wählen und aus seiner Mitte einen wesentlich kleineren neuen «Obersten Sowjet» bilden sollte, dessen zwei Kammern dann über das Jahr hinweg die «Gesetzgebung und Kontrolle» zu übernehmen hatten. Neu waren nicht nur die Institutionen, neu waren ebenso die Modalitäten ihrer Bestellung. Von den Abgeordneten des Volksdeputiertenkongresses waren 750 von gesellschaftlichen Organisationen zu delegieren, 1500 von der

Bevölkerung direkt zu wählen, je zur Hälfte in administrativ-territorialen und in nationalen Wahlkreisen, wobei in den Wahlkreisen erstmals – und dies war das eigentliche Novum – deutlich mehr Kandidaten aufgestellt werden sollten, als Sitze zu vergeben waren. Ein solches – landesweites und ergebnisoffenes – Referendum hatte es seit der Revolution nicht mehr gegeben.¹

Kaum weniger spektakulär war es, daß sich im Februar 1989 in Polen Vertreter der Regierung und der Opposition an einen «runden Tisch» setzten, um gemeinsam über die Zukunft des Landes zu beraten; ein Großteil der Oppositionellen rechnete sich dabei der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung «Solidarność» zu, die de jure noch immer verboten war, selbst wenn ihr Vorsitzender, der Danziger Werftarbeiter Lech Wałęsa, die Verhandlungen auf oppositioneller Seite führte. Der «runde Tisch» bereitete den Weg für die Tolerierung eines «politischen Pluralismus» in Polen und für die Neuwahlen des Parlaments im Sommer, bei denen die kommunistische Partei eine vernichtende Niederlage erlitt und ihre Führungsrolle einbüßte. Im Februar hatten auch Partei und Regierung in Ungarn die Einführung eines Mehrparteiensystems beschlossen. Wie weit die Wege der Staaten Osteuropas inzwischen auseinandergingen, zeigte ein Blick auf die Tschechoslowakei: Dort wurde im Februar der Schriftsteller und Bürgerrechtler Václav Havel zu neun Monaten Haft unter verschärften Bedingungen verurteilt, weil er einen Monat zuvor an einer Demonstration auf dem Prager Wenzelsplatz teilgenommen hatte, die an die Selbstverbrennung Jan Palachs erinnerte, der damit im Januar 1969 gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei protestiert hatte.

Im März entschied Boris Jelzin, sich in einem Moskauer Wahlkreis um ein Mandat für den Volksdeputiertenkongreß zu bewerben. Obwohl selbst noch immer Parteimitglied, hatte ihn die Kritik an der kommunistischen Partei, an ihrer bürokratischen Verkrustung, an den Privilegien ihrer Funktionäre, an ihrem Machtmonopol populär gemacht. Tausende kamen zu seinen Wahlkampfveranstaltungen, wo er immer wieder dem Parteiapparat vorwarf, sich dem Volk entfremdet zu haben, und seinen Anhängern versprach, dafür zu kämpfen, daß die Partei der Volkskontrolle unterworfen werde, und eine Diskussion über ein Mehrparteiensystem forderte. Sein Kontrahent im Wahlkreis war prominent, er war Direktor der Sil-Autowerke. Doch Jelzin siegte schon im ersten Wahlgang Ende März mit fast 90 Prozent der Stimmen. Ein persönlicher Triumph, aber

auch ein Triumph über das Parteiestablishment. Er wurde dabei von «informellen Gruppen» unterstützt, wie sie sich seit Beginn der *perestrojka*, ohne die Genehmigung staatlicher Stellen einzuholen, überall im Land gebildet hatten. Die zentrale Parteizeitung «Prawda» gab ihre Zahl inzwischen mit 60 000 an. Ohne allen Zweifel hatte die Wahlkampagne die Mobilisierung und Politisierung der Bevölkerung weiter vorangetrieben.

Nicht nur für politische Forderungen, auch für nationale Parolen gingen in der Sowjetunion mittlerweile Zehntausende auf die Straße. Armenier und Aserbajdschaner fochten einen blutigen Konflikt um die Region Berg-Karabach aus, im Baltikum folgten Hunderttausende den Aufrufen der Nationalbewegungen («Volksfronten»), auch in Moldawien lagen die Volksgruppen miteinander im Streit. Im April eskalierten die Nationalitätenskämpfe in Georgien, wo es seit Anfang des Jahres immer wieder zu Massenprotesten gegen den gewaltsamen Anschluß des Landes an die Sowjetunion (im Jahr 1921), gegen den Moskauer «Zentralismus» und die «Russifizierung» der Republik, aber auch gegen die Forderung der abchasischen Minderheit, sich von Georgien zu lösen, gekommen war. Hunderttausend nahmen am Wochenende des 8./9. April an den Kundgebungen auf dem zentralen Rustaweli-Platz in Tiflis teil. Sicherheitskräfte beschloßen, die Sitzblockade zu beenden und den Platz über Nacht gewaltsam zu räumen, wobei neben örtlicher Miliz auch die gefürchteten Truppen des Innenministeriums sowie Soldaten der Streitkräfte zum Einsatz kommen sollten. Sie gingen nicht nur mit Schlagstöcken und Reizgas, sondern auch mit Spaten gegen die Demonstranten vor. 20 Menschen starben, viele wurden verletzt, unter den Opfern waren vor allem Frauen und Kinder. Partei- und Staatsführung verspielten damit auch hier jeglichen Kredit: Einer Umfrage zufolge sahen 80 Prozent der Bevölkerung fortan die nationalen georgischen Belange am besten bei den «informellen Gruppen» aufgehoben, 90 Prozent standen hinter ihren Forderungen nach Demokratie und «wirklicher Unabhängigkeit».

Ende Mai trat der Volksdeputiertenkongreß zu seiner ersten Sitzung zusammen. Er tat, was man von ihm erwartete: Er wählte Michail Gorbatschow zum Präsidenten und einen neuen Obersten Sowjet. Doch wie er es tat, hielt das Land in Atem. Zwar waren 85 Prozent der Abgeordneten noch immer Mitglieder der KPdSU. Doch die Debatten zeigten rasch, daß die Ansichten über den einzuschlagenden Weg inzwischen innerhalb der Partei weit auseinandergingen und die Parteimitgliedschaft kaum einen der

Abgeordneten daran hinderte, über alle Tagesordnungen hinweg die brennenden Probleme seiner Wähler und seiner Region offen zur Sprache zu bringen: die enormen Engpässe bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Massengebrauchsgütern, die Folgen des jahrzehntelangen Raubbaus an der Natur, die blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Volksgruppen und Nationalitäten, den Afghanistankrieg. Die Bevölkerung verfolgte die Parlamentsdebatten gespannt an den Radio- und Fernsehgeräten, wo sie direkt übertragen wurden; sie bekam damit ein Bild von den wirklichen Zuständen im Lande, «klarer und schonungsloser», so der Physiker und Menschenrechtler Andrei Sacharow, als es alle Berichte seit Beginn der *perestrojka* zusammengenommen je vermocht hatten.

Dieser Befund fand seine Bestätigung im Juni, als die Auseinandersetzungen zwischen den Nationalitäten auf die zentralasiatischen Gebiete übergriffen, auf das usbekische Ferganatal und Westkasachstan. Die sowjetischen Medien berichteten von Pogromen und bürgerkriegsähnlichen Kämpfen, die fast 100 Menschen das Leben kosteten und mit kaum vorstellbarer Brutalität ausgefochten wurden. Hunderte von Häusern wurden geplündert und niedergebrannt, selbst Flüchtlingscamps noch angegriffen; sowjetische Truppen mußten ins Krisengebiet geflogen, Zehntausende von Flüchtlingen evakuiert werden. Ähnlich zerrissen präsentierte sich im Juni die gesamte sozialistische Welt: Während die Kandidaten der Bürgerkomitees bei den Wahlen in Polen einen überwältigenden Sieg erzielten, Ungarn mit der feierlichen Beisetzung Imre Nagys in einem Ehrengrab einen Schlußstrich unter die Ereignisse von 1956 zu ziehen versuchte und der ungarische Außenminister (gemeinsam mit seinem österreichischen Kollegen) bei Ödenburg (Sopron) ein Stück aus dem Grenzzaun herauschnitt, war Rumänien gerade dabei, an der 440 Kilometer langen Grenze zu Ungarn einen neuen, zweieinhalb Meter hohen Stacheldrahtzaun zu errichten, der fast schon fertig war. Ebenfalls im Juni stellte China auf seine Weise klar, daß es nicht bereit war, den wirtschaftlichen Reformen politische folgen zu lassen; auf dem Tianmen-Platz wurden die Studentenproteste von Panzern blutig niedergewalzt, Tausende kamen dabei um. Unentwegt hoch hielt das Banner des Sozialismus auch Fidel Castro in Kuba, der die Einheit der sozialistischen Gemeinschaft beschwor, davon abweichende Entwicklungen in Osteuropa bedauerte und zur inneren Sicherheit ab dem Sommer die weitere Verbreitung der sowjetischen Publikationsorgane «Sputnik» und «Moscow News» verbot.

Als wollte man dem sowjetischen Staat seine letzten Illusionen nehmen, begannen im Juli die Bergarbeiter zu streiken. Nach den Vorstellungen der marxistisch-leninistischen Staatstheorie konnte es eine Niederlegung der Arbeit im proletarischen Staat eigentlich nicht geben, schließlich würden die Arbeiter damit nur sich selbst bestreiken; wenn es doch geschah, wurde dem Staat damit die Legitimation, der Anspruch bestritten, Interessenvertreter der Werktätigen zu sein. Was im westsibirischen Kusbass begann, wurde rasch zum Flächenphänomen, griff binnen weniger Tage auf den ukrainischen Donbass, auf Workuta im hohen Norden und Karaganda in Ostkasachstan über, mit Hunderten von Gruben, Hunderttausenden von Bergarbeitern im Ausstand und riesigen Folgeschäden für die ohnehin gebeutelte Wirtschaft.

Der August war der Monat der Standortbestimmungen, in der Sowjetunion wie in Osteuropa – und Wendepunkt zugleich. Gelegenheit zur Standortbestimmung boten die Gedenktage des 13., 21. und 23. August. Am 13. August 1961 hatte die DDR in Berlin mit der Sperrung der Zugänge zu den Westsektoren der Stadt begonnen. Die DDR-Medien verteidigten den Mauerbau auch an dessen 28. Jahrestag: Er habe die Völker Europas vor einem «kriegerischen Inferno» bewahrt, «Ruhe und Sicherheit» für den sozialistischen Aufbau in der DDR gestiftet, die sich in der prekären Lage einer «vorgeschobenen Bastion des Sozialismus» befand; diesen Weg werde die DDR trotz aller Medienkampagnen des «Klassenfeindes» fortsetzen, und die Mauer würde so lange nicht niedergelegt, wie die Bedingungen, unter denen sie entstanden sei, fortbeständen. Am 21. August 1968 hatten Truppen des Warschauer Paktes der Reformpolitik in der Tschechoslowakei (dem «Prager Frühling») ein Ende gesetzt. Davon distanzieren sich nun, im Sommer 1989, Polen und Ungarn ausdrücklich, was die amtierende Prager Regierung indigniert als Einmischung in innere Angelegenheiten zurückwies, unterstützt von Ost-Berlin, das zu einer Neubewertung ebenfalls keinen Anlaß sah. Am 23. August 1939 war der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt abgeschlossen worden, der gleichzeitig das Schicksal der baltischen Staaten, den Verlust ihrer Unabhängigkeit, besiegelte. Die baltischen Republiken gedachten dieses Ereignisses im Sommer 1989 mit großen Kundgebungen und einer 600 Kilometer langen Menschenkette, die von Reval (russ. Tallin, est. Tallinn) in Estland über Riga in Lettland bis nach Wilna (russ. Wilnjus, lit. Vilnius) in Litauen reichte.² Die baltischen Abgeordneten hatten im Volksdeputiertenkongreß auch erreicht,

daß eine parlamentarische Untersuchungskommission eingerichtet wurde, die die Echtheit jenes geheimen Zusatzprotokolls überprüfen sollte, in dem Hitler und Stalin Osteuropa unter sich aufgeteilt hatten. Die Sowjetunion hatte dessen Existenz über Jahrzehnte hinweg bestritten. Als schon im Sommer durchdrang, daß die Kommission die Authentizität des Dokuments bestätigen werde, sahen sich die baltischen Republiken in ihrer Rechtsauffassung bestätigt, die Sowjetunion auch wieder verlassen zu können. Sie bestimmten fortan ihre Agenda.

Im September 1989 mußte die DDR erkennen, daß eine Abschottung des eigenen Landes gegen die Reformbewegungen in den Nachbarstaaten auf Dauer kaum möglich war, und die vermeintliche «Sicherheit» im Schatten der Mauer keine mehr war. Die eigene Bevölkerung hatte inzwischen eine Lücke im System ausgemacht: in Ungarn, wo bis Mitte September bereits Tausende den Abbau der Sperranlagen an der Grenze zu Österreich zur Flucht in die Bundesrepublik Deutschland genutzt hatten. Ein zweiter Fluchtweg führte über deren Botschaften in Budapest, Prag und Warschau; bis Ende des Monats waren sie mit DDR-Bürgern bereits völlig überfüllt, so daß sich die DDR-Führung gezwungen sah, einer Ausreise der Flüchtlinge zuzustimmen.

Doch die Probleme waren damit nicht gelöst, die Lücken so einfach nicht zu schließen, die Botschaften rasch erneut voll, und so stand die DDR-Führung unter erheblichem Druck, als sie im Oktober den 40. Jahrestag der Staatsgründung beging. Auch die Proteste im Innern wuchsen ständig: Anfang des Monats waren es schon 10 000 bis 15 000, die zu den Leipziger Montagsdemonstrationen kamen, und jede Woche wurden es mehr. Die DDR-Führung suchte den Druck zu mindern, indem sie am 18. Oktober den bisherigen Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzenden, Erich Honecker, von allen Staats- und Parteiämtern entband. Doch die Protestwelle riß nicht ab, hatte längst von Leipzig und Berlin aus auf die anderen Städte und Regionen der DDR übergegriffen. Am 30. Oktober kamen zur Leipziger Montagsdemonstration 300 000, und Zehntausende gingen in Schwerin, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt und Cottbus auf die Straße.

Zehntausende, die nun Woche für Woche das Land verließen, waren der Anlaß, daß die DDR-Führung rasch ein neues Reisegesetz entwarf. Das war schon überholt, als am frühen Abend des 9. November Günter Schabowski am Rande einer Pressekonferenz weitere Erleichterungen ankündigte. Zu-

schauer, die die Direktübertragung im DDR-Fernsehen mitverfolgt hatten, glaubten aus seinen Informationen die sofortige Erlaubnis zum freien Grenzübertritt entnehmen zu können und erschienen massenhaft an den Berliner Grenzübergangsstellen, wo die Beamten ihrem Druck schließlich nachgaben. Es war ein Schritt, ein symbolischer Akt, der nicht mehr zurückzunehmen war, fortan mit dem «Fall der Berliner Mauer», dem «Anfang vom Ende des SED-Regime» gleichgesetzt wurde, obwohl die physische Abtragung der Betonplatten noch Wochen und Monate in Anspruch nahm und die SED bis zur ersten freien Volkskammerwahl im März 1990 weiter regierte.

Selbst wenn die Umstände jeweils andere waren, nahmen sich die folgenden Ereignisse wie Kettenreaktionen aus: Am Tage nach der Grenzöffnung wurde Todor Schiwkow als Partei- und Staatschef in Bulgarien abgelöst. In der zweiten Hälfte des November nahm die Demonstrationswelle in der Tschechoslowakei gewaltig zu und riß erst die Parteiführung, dann die Regierung mit sich. Bei der Neubildung des tschechoslowakischen Kabinetts Anfang Dezember besetzten oppositionelle Reformer Schlüsselressorts (die Ministerien für Auswärtige Beziehungen, innere Sicherheit, Finanzen). Die Verteidigung der neuen Regierung (am 10. Dezember 1989) war die letzte Amtshandlung Gustáv Husáks als Staatspräsident; sein Rücktritt machte den Weg frei für die Wahl Václav Havels Ende des Monats. Noch im Dezember wurde, nach blutigen Kämpfen, auch Nicolae Ceauşescu als Partei- und Staatschef Rumäniens gestürzt. Auf der Flucht aufgegriffen und zusammen mit seiner Frau vor ein Militärtribunal gestellt, wurden beide am 25. Dezember 1989 zum Tode verurteilt und unmittelbar danach hingerichtet.

Die epochale Bedeutung dieser Vorgänge hatte der französische Präsident Mitterrand vor Augen, als er sie in seiner Neujahrsansprache zum wichtigsten Ereignis seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erklärte und daran anschließend eine Vision von der Zukunft des Kontinents entwickelte: Europa werde aus der Abhängigkeit von den beiden Großmächten heraustreten und «in seine Geschichte, in seine Geographie zurückkehren, wie man zu sich heimkehrt». Als Form schwebte ihm dabei ein gesamteuropäischer Staatenbund vor, der sich in den 90er Jahren bilden könne. Der Motor dafür werde die Europäische Gemeinschaft sein, Wunschziel vieler in Osteuropa schon jetzt, selbst wenn die Gemeinschaft die dafür nötigen Strukturen einer politischen Union erst noch ausbilden müsse. Grundlage der Konföderation, die freien Wirtschaftsaustausch, Frieden und Sicherheit garantiere, könne das

Helsinki-Abkommen sein. Aus der KSZE würde damit eine feste Institution werden, der alle europäischen Länder angehören könnten, in denen Parteienpluralismus, freie Wahlen, repräsentative Demokratie und Meinungsfreiheit herrschten.

Das alles war noch Zukunftsmusik. Was die Entwicklung des Jahres 1989 selbst betraf, so stand nicht Europa, sondern die Sowjetunion in ihrem Mittelpunkt. Selbst dort, wo die Vorgänge nicht in der Sowjetunion spielten, in Warschau und Budapest, Ost-Berlin, Leipzig und Prag, Sofia, Temesvár oder Bukarest, galt ein Seitenblick doch stets Moskau und der bangen Frage, wie Gorbatschow wohl «reagieren» werde. Er «reagierte» nicht, sondern hielt sich an die von ihm selbst wiederholt ausgegebene Devise, die man im Sommer 1989 beim Treffen der Warschauer-Pakt-Staaten in Bukarest noch einmal als gemeinsame Haltung festgezurrzt hatte: einen Königsweg zum Sozialismus, ein universelles Modell gebe es nicht; jedes Land müsse sich entsprechend seinen eigenen Bedingungen, Traditionen und Erfordernissen entwickeln.

Das war zweifellos nicht immer so gewesen. Sucht man nach einem Anfang dieser Entwicklung, so wird man am Jahr 1985, der Wahl Gorbatschows zum Parteichef, kaum vorbeikommen.

1 Der Gorbatschow-Faktor

Am 10. März 1985 war Konstantin Tschernenko gestorben. Am Tag darauf wählte ein außerordentliches Plenum des Zentralkomitees der KPdSU Michail Sergejewitsch Gorbatschow zum neuen Generalsekretär. Die Wahl erfolgte «einmütig» auf Vorschlag des Politbüros; auch dort hatte es keinen Gegenkandidaten gegeben. Gorbatschows Bestellung kam für informierte Beobachter nicht mehr überraschend. Schon die Monate davor hatte er für den schwerkranken Tschernenko faktisch das Sekretariat geführt. Doch nicht nur die Stellung in der Hierarchie der Macht sprach für ihn. Mit 54 Jahren deutlich jünger als die übrigen Mitglieder des Politbüros, erfreute er sich offenkundig bester Gesundheit und schien damit – anders als seine beiden Vorgänger – dem Amt auch körperlich gewachsen zu sein. Mit seinem Alter verband sich die Hoffnung auf eine gewisse Reformbereitschaft, was für die Darstellung der Partei nach Innen und nach Außen nur förderlich sein konnte. Und es gab keinerlei Grund, an seinen politischen Überzeugungen und Absichten, an seiner Ergebenheit gegen-

über der Partei und der Sache des «Marxismus-Leninismus» zu zweifeln. Schließlich verdankte er ihr seine Karriere.³

1931 im Dorf Priwolnoe in der nordkaukasischen Region Stawropol geboren, gehörte er bereits einer Generation an, die nicht mehr aktiv am Zweiten Weltkrieg teilgenommen hatte. Auch seine bäuerliche Herkunft sollte ihn prägen und von Bedeutung bleiben. Daß er nach der Schule als «Mechanisator» in einer Maschinen- und Traktorenstation arbeitete, brachte ihm die Auszeichnung mit dem Orden des Roten Arbeitsbanners ein. Und sie kam ihm wieder zugute, als er sich Anfang der 50er Jahre um einen Studienplatz an der juristischen Fakultät in Moskau bewarb. Mit einem Prädikatsexamen in seine Heimat zurückgekehrt, avancierte er rasch im lokalen Komsomol- und Parteiapparat. 1968 wurde er Zweiter, 1970 Erster Sekretär des Parteikomitees der Region Stawropol, nachdem er zuvor noch ein Zweitstudium an der dortigen Landwirtschaftshochschule abgeschlossen hatte. 1971 als jüngstes Vollmitglied ins Zentralkomitee gewählt, übernahm er 1978 als ZK-Sekretär die Zuständigkeit für die Landwirtschaft und wurde bereits zwei Jahre später Mitglied des Politbüros. In den innersten Zirkel der Macht rückte Gorbatschow unter seinem Förderer Juri Andropow vor, als dieser nach dem Tod Leonid Breschnews im November 1982 zum Generalsekretär gewählt wurde. Als Andropow (nur ein gutes Jahr später) im Februar 1984 an Nierenversagen starb, war Tschernenko zum Nachfolger gewählt worden, der wiederum nur gut ein Jahr amtierte.

Mit seiner Wahl zum Generalsekretär wurde Gorbatschow Vorsitzender einer Partei (eben der KPdSU), die zum Zeitpunkt seines Amtsantritts über 19 Millionen Mitglieder zählte. Nach Artikel 6 der Verfassung war sie «die führende und lenkende Kraft der sowjetischen Gesellschaft, der Kern ihres politischen Systems, der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen». «Mit der marxistisch-leninistischen Lehre ausgerüstet», lege sie «die allgemeine Perspektive der Entwicklung der Gesellschaft, die Linie der Innen- und Außenpolitik der UdSSR fest», leite «die große schöpferische Tätigkeit des Sowjetvolkes» und verleihe «seinem Kampf für den Sieg des Kommunismus planmäßigen, wissenschaftlich begründeten Charakter». Die Leitlinie ihrer Politik schien damit abgesteckt, ihr Führungsanspruch, ja ihr Monopol auf die politische Macht festgeschrieben. Nicht von ungefähr galt ihr Generalsekretär als mächtigster Mann, ihr Politbüro als das «eigentliche» Entscheidungsgremium des Landes (neben und oberhalb der Sowjetregierung), schließlich reichte ihr hierarchisch gegliederter

Apparat hinunter bis an den Arbeitsplatz in den Betrieben und Behörden, Sowchosen und Kolchosen, bei der Armee und in den Bildungseinrichtungen. Daß es der Generalsekretär war, der der Politik den Takt vorgab, sie ohne diesen «Gorbatschow-Faktor» (Archie Brown) nicht zu verstehen ist, sollte sich in den nächsten Monaten und Jahren einmal mehr bestätigen.

In seiner Antrittsrede nach der Wahl zum Parteichef kündigte Gorbatschow an, auf der von seinen Vorgängern vorgezeichneten Linie fortzuschreiten, was Kontinuität und Wandel zugleich versprach. Im Bereich der Volkswirtschaft sei das Ziel, die sozial-ökonomische Entwicklung zu «beschleunigen», was heiße, «die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft konsequent voranzutreiben, das sozialistische Eigentum zu festigen, die Rechte der Betriebe zu erweitern, ihre Selbständigkeit zu erhöhen und sie stärker am Endergebnis ihrer Arbeit zu interessieren». Die Hauptaufgabe der Innenpolitik sah er in der «weitere[n] Vervollkommnung und Entwicklung der Demokratie, des gesamten Systems der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes»: «Die Rolle der Sowjets wird erhöht, und die Gewerkschaften, der Komsomol, die Volkskontrolle und die Arbeitskollektive werden aktiviert werden». Auf dem Gebiet der Außenpolitik sei es «das erste Gebot für Partei und Staat», «die brüderliche Freundschaft mit unseren engsten Kampfgefährten und Verbündeten – den Ländern der großen sozialistischen Gemeinschaft – zu hüten und allseitig zu festigen».

Was aber die Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten betraf, so wolle man den «Leninschen Kurs des Friedens und der friedlichen Koexistenz strikt [weiter]verfolgen», verbunden mit dem Versprechen, «guten Willen immer mit gutem Willen» und «Vertrauen mit Vertrauen» zu beantworten. Für die bevorstehenden Verhandlungen mit den USA in Genf definierte er die Vorgabe, das Wettrüsten – vor allem bei den nuklearen Waffen – unverzüglich zu beenden, die Kernwaffenarsenale einzufrieren und die Stationierung von Raketen zu stoppen, um in einem weiteren Schritt zu einer «echten und bedeutenden Reduzierung» zu kommen – nicht neue Waffensysteme «im Weltraum oder auf der Erde» zu installieren (was auf die amerikanischen SDI-Pläne, der Installierung eines Raketenabwehrsystems im Weltraum, zielte). Was die Partei, der er nun vorstand, selbst betraf, so bleibe ihre Politik «auf die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse, der Kolchosbauernschaft und der Intelligenz sowie auf die kontinuierliche Festigung der Freundschaft zwischen den Völkern unseres großen multiethnischen Staates gerichtet». Schließlich sei sie «jene Kraft, die

fähig ist, die Interessen aller Klassen und sozialen Gruppen, aller Nationen und Völkerschaften des Landes zu berücksichtigen, sie zusammenzuschließen und die Energie des Volkes für das gemeinsame Werk des kommunistischen Aufbaus zu mobilisieren».

Im Rückblick fällt es nicht schwer, schon in der Antrittsrede jene Überlegungen und Bemühungen auszumachen, mit denen Gorbatschow in den kommenden Monaten und Jahren versuchen sollte, dem Sowjetstaat, seiner sozialistischen Planwirtschaft, seiner Außenpolitik und der Kommunistischen Partei als integrativer Kraft neuen Schwung zu geben. Ebenso offensichtlich ist im Rückblick, daß er damit scheiterte.